

Proletariat aller Länder,
vereinigt euch!

Preis 1,20 (w)

DER RÖTISCHE WEG

Organ der Internationalen Kommunisten Oesterreichs
(Bolschewiki - Leninisten)

Ende März 1935

Nr. 4 (13)

Europäische Politik.

Im Mittelpunkt der gesamteuropäischen Politik sowie der Politik der einzelnen europäischen Länder standen und stehen in den letzten Wochen mit besonderer Schärfe die aussenpolitischen Probleme und die Fragen des Verhältnisses der europäischen Staaten untereinander. Und hierbei wiederum steht das Dritte Reich im Brennpunkt der Aufmerksamkeit.

Der Kurs aller Imperialistischen Mächte geht auf Krieg. Die Debatten über Charakter Möglichkeiten und Formen der kommenden kriegerischen Auseinandersetzungen gehören heute zu den gebräuchlichsten und selbstverständlichsten Dingen der Welt. Aus allen Richtungen ertönt längst das Kriegsgeschrei, mit dem die Völker auf die herannahenden Ereignisse vorbereitet und schon mit ihnen (vertraut) gemacht werden. Die Abrüstungsdebatten und -konferenzen gehören verklungenen Zeiten an, heute gehen die Diskussionen offen um Aufrüstung und über(gegenseitige Hilfeleistungen)-Immer weniger geheimnisvoll wird die Sprache der diplomatischen Noten und Verträge. Und je umfangreicher der Haufen der Verträge und Noten, desto umfangreicher auch die Vorbereitungen des künftigen Weltgemetzels. Kaum wird die Tinte unter irgendwelchen abgeschlossenen Verträgen zur Sicherung des Friedens getrocknet sein, werden schon die Gasbomben zu sprechen beginnen. In rührender Befolgung der freundschaftlichen und friedlichen römischen Vereinbarungen zwischen Mussolini und Laval marschieren heute schon faschistische Regimenter in der Richtung auf Abessinien. Diese Sache geht bereits einigermaßen in Ordnung.

Andere Säulen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind einstweilen weniger glücklich als Mussolini: ihre Sache ist bei weitem noch nicht so klar wie die italienische in Äthiopien. Die Fronten des herannahenden imperialistischen Weltkrieges zeichnen sich noch immer nicht deutlich ab, imperialistische Mächtegruppierungen werden gebildet, andere lockern sich. Man ist bemüht, (System) in die wüsten imperialistischen Interessengegensätze zu bringen.

Schon die Verständigung Italiens mit Frankreich war ein Schritt nach dieser Richtung hin. Der am meisten zahlende Teil

bei diesem Geschäfte war zweifellos Frankreich. Doch ging es Frankreich hierbei nicht um kolonialen Besitz, sondern, sondern um europäischen Einfluss. Die französische Aussenpolitik unter Laval konzentriert sich augenblicklich auf den beschränkten Rahmen Europas. Als eine Folge dessen machen sich schon die ersten zarten Anzeichen der Lockerung der noch nicht so alten französisch-russischen Freundschaft bemerkbar.

Die jüngsten französisch-englischen Vereinbarungen in London unterstreichen diese Entwicklung mit ziemlicher Deutlichkeit. Das Ziel dieser Verhandlungen ist eine Art (europäischer Friedensblock), ein (Garantiepakt zur Erhaltung des europäischen Friedens.) Doch handelt es hierbei in Wirklichkeit weniger um den Frieden als um die Erhaltung des alten europäischen (Gleichgewichts).

Dieses europäische Gleichgewicht ist beträchtlich ins Schwanken gekommen. Empfindlich für diese Schwankungen ist vor allem Frankreich. Seine alte, in Versailles fundierte Hegemonie in Europa erleidet sichtbare Risse. Das faschistische Deutschland zögert nicht, diese Risse mit Sprengstoff auszufüllen. Ging die Linie der Barthou-Litwinow'schen Politik dahin, das manövrierende Hitlerreich immer enger einzukreisen, so beginnt sich jetzt Frankreich über den Weg der Verständigung mit England wieder einer mehr loyalen Politik Deutschlands gegenüber zuzuwenden. Gewiss, das geschieht nicht offen von heute auf morgen, noch existieren alte Vereinbarungen und Freundschaften, die erst allmählich liquidiert werden können, - aber die neue Richtung ist vorausgezeichnet. Rückschläge und Wendungen sind selbstverständlich nicht ausgeschlossen. Inwieweit und in welchem Tempo sich diese neue Richtung durchsetzen wird hängt in besonderem Masse von Deutschland ab.

Doch es scheint, als sei Deutschlands Vertretung in immerhin gute Hände gelegt: nicht ohne Grund drängt das Dritte Reich vor einer konkreten Stellungnahme zu den französisch-englischen Vereinbarungen auf eine direkte Aussprache mit England. Nicht zufällig zeigt sich England diesem Wunsche gegenüber äusserst gefügig. Von englischer Seite erhielt das Dritte Reich seit je schon wesentliche Stärkungen, das vor allem gegen Deutschland gerichtete französisch-russische Bündnis fiel zusammen mit Barthous aggressiver Stellungnahme gegenüber englischen diplomatischen Manövern, - kein Wunder, dass sich eine neu anbahnende französische aussenpolitische Wendung zuerst über London bewegt.

Deutschland bildet infolge seiner aggressiven Politik eine bemerkenswerte Kraft innerhalb der europäischen Labilität und diese Labilität erleichtert hinwiederum die Manöver der deutschen Geheimdiplomatie. Das stehende Sprichwort von der aussenpolitischen Isolierung Deutschlands wird zwar noch oft gebraucht, doch ist ~~xxxxx~~ es im Laufe der letzten Wochen nicht richtiger geworden. Die Londoner Verhandlungen rücken den Charakter dieser deutschen Isolierung mit ziemlicher Deutlichkeit ins rechte Licht.

Hinsichtlich des Dritten Reiches sind die Ergebnisse der Londoner Besprechungen, auf eine kurze Formel gebracht, die: Erklärt sich Deutschland bereit, den europäischen (Frieden) in jenem Rahmen zu wahren, der von der Diplomatie Paris, Londons und Roms etc. vorgesehen ist, erhält es freie Hand, seine Aufrüstung ungestört und legal zu betreiben,

d.h. sich auf den kommenden Krieg vorzubereiten. Der Sinn dieser Lösung ist, eine selbständige Politik Deutschlands, die für die übrigen Mächte ebensovieler Überraschungen wie Gefahren in sich birgt, möglichst einzuengen und Deutschland selbst wieder den europäischen Grossmächten, die noch im Völkerbund zusammensitzen, wieder näherzubringen.

Der Bruch mit Genf hat Deutschland, von einigen gelinden vorübergehenden Schwierigkeiten abgesehen, nicht geschwächt. Die Aufrüstung geschieht ungehindert, die Freundschaft mit Polen kam der europäischen Bedeutung der Hitlerdiktatur nur zu gute, der Saarerfolg hob das Prestige des Dritten Reiches überall. Und heute winkt die Legalisierung der Aufrüstung, wenn Deutschland bereit ist, sich wieder in den Rahmen der Völkerbundstaaten einzugliedern. Dies und nichts anderes bedeutet der Vorschlag, den Donau- und den Ostpakt anzuerkennen.

Der Ostpakt war einer der wichtigsten Erfolge der Litwinowschen Aussenpolitik. Deutschland betrachtet ihn mit unverhohlener Feindschaft. Der Faschismus sieht sein Heil im Feldzug gegen Osten und bereitet sich mit Zähigkeit auf einen kriegerischen Überfall auf die Sowjetunion vor, sucht sich für diesen Zweck Bundesgenossen und trotz der dicken Freundschaft, die Karl Radek seinerseits der polnischen Militärkamarilla bezeugt, sind Göbbels und Göring in Warschau gern gesehene Gäste. Dieses Spiel zu durchkreuzen war die Absicht des ursprünglichen Ostpakt-Planes und hierin lag seine grosse Bedeutung. Hitlerdeutschland ist der erklärte und verbissene Feind der Sowjetunion, eine Eigentümlichkeit, die von der Weltbourgeoisie durchaus nicht missbilligt wird. Imperialismus und Arbeiterstaat sind unversöhnliche Gegensätze, dieses Prinzip gilt auch im gesamten kapitalistischen Europa. Strittig ist unter den imperialistischen Räubern nur die Frage, wem die Führung des Kreuzzugs gegen die Sowjetunion zuzufallen habe. Hitlerdeutschland beansprucht diese Führung für sich und handelt durchaus in diesem Geiste. Und hier liegen die Gefahren für das alte "Gleichgewicht Europas". Eine neue Lösung zu finden, waren die Absichten der Londoner Beratung.

Wir sagten schon oft: Hitlers Rolle ist die eines Oberwangel der Weltbourgeoisie gegen die Sowjetunion. Doch will sich Deutschland mit dieser Rolle keineswegs begnügen. Es fordert eine höhere Beteiligung an dem fetten russischen Geschäft und weiss, dass man ihm das heute vorenthaltene morgen doppelt gewähren wird. Daher sein Zögern und seine Manöver, sich stillschweigend einzureden, Zeitgewinn bedeutet für Berlin Kraftgewinn und damit die Erzielung eines höheren Preises. Der bevorstehende englische Ministerbesuch wird über diese Sache weitere Klarheit bringen.

Es sind durchaus keine geringen Versprechungen, die Mister Simon mit nach der Wilhelmstrasse bringen wird: Aufrüstung und einen entwerteten Ostpakt. Und in der Tat, die Londoner Luft ist dem Ostpakt schlecht bekommen. Dieser gegen die deutsche Aggressivität gerichtete Pakt wird durch die "Billigung" Englands und durch einen evtl. Beitritt Deutschlands zu einem Stück internationalen Höflichkeitpapier abgedrückt. Seine Bedeutung hat sich gewandelt; er dient als Mittel zur Erhaltung des europäischen status quo, seine Rolle ist ähnlich der einer Karte in Frankreichs Händen um das Spiel der europäischen Hegemonie. Es ist nicht zufällig, dass die Sowjetdiplomatie, um zu retten was zu retten ist, das Zögern Deutsch-

lands ausnutzend in den letzten Tagen Frankreichs eifrig auf einen Abschluss des Ostpaktes drängte.

Sicher ist, dass der Mr. Simon, Vertreter der Gesellschaft traditioneller Sowjetfeinde, den faschistischen Henkern einen Sack voll Versprechungen und Beruhigungen bringen wird, um das Londoner Uebereinkommen schmackhafter zu machen. Und von diesen Versprechungen vor allem wird es abhängen, ob das faschistische Deutschland schon in nächster Zeit wieder in das europäische Gleichgewicht einreicht.

Leo Trotzki:

Wohin wird die Stalinbürokratie
die Sowjet-Union führen?

Allgemeine Rechtswendung:

In der Geschichte der Sowjetunion ist ein neues Kapitel aufgeschlagen. Der Schuss auf Kirow kam wie die meisten wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Indes, der Himmel war nicht heiter. In der Sowjetwirtschaft haben sich trotz ihren Erfolgen, grossenteils wegen dieser Erfolge, tiefe Widersprüche gehäuft, die sich mit blossen Erlassen und Vorschriften von oben unmöglich beseitigen oder auch nur mildern lassen. Gleichzeitig hat sich der Gegensatz zwischen den bürokratischen Verwaltungsmethoden und Erfordernissen der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung im Ganzen ungemein verschärft. Der über-raschende terroristische Anschlag und vor allem die darauf folgenden Prozesse, administrativen Strafmassnahmen und die neue Parteireinigung gaben der in den letzten anderthalb Jahren sich anbahnenden allgemeinen Wendung in der Sowjetpolitik nach aussen hin die dramatische Form. Die Gesamtrichtung der Wendung ist: nach rechts, rechter und immer weiter nach rechts.

Politik des Status quo.

Die Zerkümmern des deutschen Proletariats infolge der verheerenden Politik der Komintern, die die Verräterrolle der Sozialdemokratie vervollständigte, hat die Sowjetunion zum Eintritt in den Völkerbund veranlasst. Mit dem ihr eigenen Zynismus stellt die Bürokratie diesen Schritt nicht als einen erzwungenen Rückzug dar, Folge der Verschlechterung der internationalen Lage der Sowjets, sondern umgekehrt, als einen gewaltigen Erfolg. In Hitlers Sieg über das deutsche Proletariat sollen die Sowjetarbeiter und -bauern einen Sieg Stalins über den Völkerbund erblicken. Aus Litwinows Reden, Abstimmungen in Genf und seinen Interviews erhellt zur Genüge das Wesen der

Wendung: hat die Sowjetdiplomatie einen Sieg errungen, so über den letzten Rest von Beschränkung gegenüber der proletarischen Öffentlichkeit. Die Kriterien der Klasse und nationalen Befreiung in der internationalen Politik sind ein für alle Mal zum alten Eisen geworfen. Das einzige leitende Prinzip ist nunmehr: status quo!

Dementsprechend vollzog die Komintern -natürlich ohne Diskussion und ohne den versprochenen Kongress (sind denn Kongresse etwa die ernste Dinge da ?) - die halsbrecherischste Wendung ihrer ganzen Geschichte. Von der Theorie und Praxis der " dritten Periode " und des " Sozialfaschismus " ging sie über zur Dauerkoalition nicht allein mit der Sozialdemokratie, sondern sogar mit den Radikalsozialisten, der Hauptstütze der nationalen Regierung in Frankreich. Ein Programm des Kampfes um die Macht gilt heute als konterrevolutionäre Provokation . Die Politik des vasallenhaften "Bündnisses" mit der Kuomintang (1926-1927) ist glücklich ~~in Europa~~ auf europäischen Boden verpflanzt. Der Zweck der Wendung ist immer derselbe: Wahrung des europäischen ~~xxx~~ status quo !

Wendung zum Markt.

Im Bereich der Sowjetwirtschaft ist die Wendung ihren ~~xxx~~ Tendenzen nach nicht minder tiefgreifend. Das Planwerk hat die ihm innewohnende Kraft offenbart . Doch zugleich auch die Grenzen seiner Anwendbarkeit. Der vorgefasste Wirtschaftsplan ist im Allgemeinen - wieviel mehr in einem zurückgebliebenen Land mit einer 170-Millionenbevölkerung, tiefen Gegensätzen zwischen Stadt- und Land - keine militärische Order, sondern eine Arbeitshypothese, die sorgfältiger Nachprüfung und Umgestaltung im Verlauf seiner Durchführung unterliegt. Zur Regulierung des Plans müssen zwei Hebel dienen, der finanzielle und der politische: ein festes Geldsystem und ein aktives Reagieren der betreffenden Bevölkerungsgruppen auf die Unstimmigkeiten und ~~xxx~~ Lücken des Plans. Aber das politisch selbständige Wirken der Bevölkerung ist unterdrückt. Die Notwendigkeit einer festen Währung nannte Stalin auf dem letzten Parteikongress ein " bürgerlicher Vorurteil". Dieses glücklichen Aphorismus heisst es des näheren zu besehen, wie den anderen, nicht weniger berückichtigten von den " Zwillingen" Faschismus und Sozialdemokratie.

Wie lange ist es her, dass Stalin gelobte, die NEP, d.h. den Markt, " zum Teufel " zu jagen? Wie lange ist es her, dass die gesamte Presse von der endgültigen Ersetzung des Kaufs und Verkaufs durch die "unmittelbare sozialistische Verteilung" posaunte? Das äussere Zeichen dieser " Verteilung " war die Lebensmittelkarte. Das Sowjetgeld selber sollte, dieser Theorie zufolge, sich bereits am Ende des zweiten Fünfjahrplans in einfache Verbrauchskarten verwandeln, in der Art von Theaterbilletten oder Strassenbahnfahrtscheinen. Ja, in der Tat, was brauchte es in der sozialistischen Gesellschaft, wo es weder Klassen, noch soziale Unterschiede gibt, wo die Produkte nach einem im voraus festgelegten Plan verteilt werden, auch wohl Geld ?

Doch all diese Versprechungen verflüchtigten sich immer mehr, je näher das Ende des zweiten Fünfjahrplans heranrückte.

Die Bürokratie muss jetzt " zum Teufel " gehen mit der untertänigen Bitte, den ihm zur Aufbewahrung überlassenen Markt wieder herauszugeben. Zwar soll von Rechts wegen der Handel nur über die Organe des Staatsapparates vor sich gehen. Die Zukunft wird zeigen, wie weit es gelingen wird, dies System einzuhalten. Wenn die Kolchose handelt, dann tut es auch der Kolchosbauer. Es ist nicht so einfach, die Grenzen zu bestimmen, wo der handeltreibende Kolchosbauer zum Händler wird. Der Markt hat seine Gesetze.

Uebergang zur Geldrechnung .

Das System der Verbrauchskarten, angefangen mit den Brotkarten, wird allmählich abgeschafft. Die Beziehungen zwischen Stadt, Land und Staat sollen im steigendem Grade durch die Geldrechnung geregelt werden. Dazu ist ein fester Tschernonetz erforderlich. Enorme und nicht erfolglose Anstrengungen werden gemacht hinsichtlich der Goldgewinnung.

Die Uebertragung der Wirtschaftsbeziehungen in die Sprache des Geldes ist augenblicklich, im Anfangsstadium der sozialistischen Entwicklung, vollständig unerlässlich, um sich von den tatsächlichen gesellschaftlichen Nutzen und den wirtschaftlichen Wirkungsgrad des von den Arbeitern und Bauern geleisteten Aufwands an Arbeitskraft ein Bild zu machen; nur auf diesem Wege kann man durch die Planregulierung die Wirtschaft rationalisieren.

Auf die Notwendigkeit einer festen Geldeinheit, deren Kaufkraft nicht von den Plänen abhängt, sondern diese überprüfen hilft, ist von uns in den letzten Jahren viele dutzendmal hingewiesen worden. Die Sowjettheoretiker sahen in diesem Vorschlag nichts als unser Trachten nach der " Restaurierung des Kapitalismus. Jetzt heisst es eilends umlernen. Das ABC des Marxismus hat seine Vorzüge.

Wer wird für die Fehler zahlen ?

Der Uebergang zum Geldrechnungssystem bedeutet unvermeidlich und vor allem eine Uebertragung aller versteckten und verschleierte Gegensätze der Wirtschaft in die klingende Sprache des Geldes. Für die angehäuften Fehlberechnungen und Disproportionen wird jedoch irgendjemand zahlen müssen. Die Bürokratie? Natürlich, sie nicht: Buchhaltung und Kasse befinden sich ja in ihren Händen. Die Bauern? Aber die Reform geschieht ja in der oblichen Masse unter ihren Druck und wird sich, wenigstens in der kommenden Periode, für die Oberschichten des Dorfes überaus vorteilhaft auswirken. Werden zahlen müssen die Arbeiter; die Fehler des Bürokratismus werden auf Kosten ihrer Lebensbedürfnisse berichtigt werden. Die Abschaffung der Verbrauchskarten trifft am unmittelbarsten die Arbeiter, besonders ihre untersten, ungemein schlecht entlohnnten Schichten, d.h. die überwältigende Mehrzahl.

Wo ist nun die endgültige "Vernichtung der Klassen"?

Hauptziel der Rückkehr zum Markt und zur festen Währung (diese ist bis jetzt nur geplant) ist, die Kolchosbauern unmittelbar an den Erzeugnissen ihrer Hand zu interessieren und damit die negativsten Folgen der Zwangskollektivisierung zu beseitigen. Dieser Rückzug

ist ohne Frage durch die vorangegangene Politik diktiert. Man darf jedoch nicht die Augen davor verschliessen, dass die Wiederaufrechterhaltung der Marktverhältnisse unvermeidlich eine Stärkung der individualistischen und zentrifugalen Tendenzen in der Landwirtschaft, zunehmende Differenzierung zwischen und in den Kolchosen mit sich bringen wird.

Die Politabteilungen auf dem Lande wurden auf Stalins Anordnung eingeführt als der Partei und den Sowjets übergeordnete militarisier- te Apparate zur scharfen Kontrolle über die Kolchosen. Die Partei- presse verherrlichte die Politabteilungen als das letzte Wort des " genialen Denkens des Führers ". Heute, nach einjähriger Tätig- keit, werden die Politabteilungen still und leise liquidiert, fast ohne jeden Nachruf; die Bürokratie weicht vor dem Muschik zurück, der administrative Druck wird ersetzt durch die " Smytschka " ver- mittelst des Tscherwonetz, damit muss die Zwangsnivellierung der Differenzierung Platz machen.

Am Ende des zweiten Fünfjahresplanes, sehen wir also nicht die Liquidierung der " letzten Reste " der Klassengesellschaft, wie es die eingebildeten und ungebildeten Bürokraten ankündigten. Nach der Epopöe der administrativen " Liquidierung des Kulakentums als Klasse " treten wir in eine Epoche ökonomischer Zugeständnisse an die Kulaken- tendenzen des " wohlhabenden Kolchosbauern ". Im höchsten Fieber der durchgängigen Kollektivisierung haben die Bolchewiki-Leninisten die Unvermeidlichkeit des Rückzuges vorausgesagt. Sinowjew bekam zehn Jahre Gefängnis, weil er an der Verwirklichung der durchgängigen Kollektivisierung zu zweifeln gewagt hatte (andere Beschuldigungen gegen ihn gab es keine !). " Was hat die Erfahrung gezeigt ? Der Rück- zug hat begonnen. Wo er halt machen wird, ist noch nicht abzusehen. Die Stalinbürokratie hat wieder einmal gezeigt, dass sie den morgi- gen Tag niemals voraussieht. Ihr kurzsichtiger Empirismus, Ergebnis der Unterdrückung aller Kritik und allen Denkens, reisst böse Witze über sich selbst und was viel schlimmer ist, über das Land des sozia- listischen Aufbaus.

Neo-Nep und Unruhe im Land .

Bevor noch die in keinem Plan vorgesehene Neo-NEP wirtschaft- liche Ergebnisse zeitigte, hat sie bereits sehr schwere politische Folgen gehabt. Die " Wendung nach rechts in der Aussen- und Innenpolitik musste bei den bewussten Elementen des Proletariats Unruhe her- vorrufen. Zur Unruhe gesellte sich Unzufriedenheit infolge der er- heblichen Verteuerung der Lebenshaltung. Die Stimmung der Bauern bleibt unsicher und gespannt. Dahinzu kommt noch eine tiefe Gärung in der Jugend, besonders dem Teil, der der Bürokratie nahesteht, ihre Willkür, Privilegien und Missbräuche beobachtet. In dieser stickigen Atmosphäre ertönte Nikolajews Schuss.

Opposition und Terror .

Die Stalinpresse versucht den terroristischen Anschlag von 1934 aus der oppositionellen Plattform von 1926 abzuleiten. " Alle Opposition ", wird uns gesagt, " führt unweigerlich zur Konterrevol- ution ". Macht man den Versuch, hier einen politischen Sinn zu fin- den, so ist es ungefähr folgender: zwar schliesst die Plattform als solche den Gedanken des individuellen Terrors aus, aber sie weckt

die Kritik und Unzufriedenheit; da aber die Unzufriedenheit keinen normalen Abfluss durch den Partei-, Sowjet- oder Gewerkschaftskanal finden kann, muss sie notwendigerweise zum Schluss die aus dem Gleichgewicht geratenen zu terroristischen Akten treiben. In dieser Betrachtung steckt ein Kern Wahrheit, es heisst nur, ihn herauszuschälen verstehen. Kritik und Unzufriedenheit führen bekanntlich nicht immer zu Attentaten und Morden, sondern nur unter aussergewöhnlichen Umständen, wenn die Gegensätze aufs äusserste zugespitzt sind, die Atmosphäre mit Elektrizität geladen ist, Unzufriedenheit breit um sich gegriffen hat, wenn die Bürokratie die vorgeschrittenen Elemente bei der Gurgel gepackt hält. Mit ihrem Aphorismus: "Alle Opposition führt unvermeidlich zur Konterrevolution" übt die Stalinpresse die allergrausamste und -schwärzeste Kritik am stalinistischen Regime. Und diesmal spricht sie die Wahrheit.

Zur Sicherung der Wendung nach rechts, ein Schlag nach links:

Die Antwort der Bürokratie auf Nikolajews Schuss war eine wütende Attacke gegen den linken Flügel der Partei und die Arbeiterklasse. Stalin wartete scheinbar nur auf den Anlass, um mit Sinowjew, Kamenew und ihren Freunden abzurechnen. Die Zeitungen entfalten wie 1924 bis 1928 eine ganz unvorstellbare Kampagne gegen den "Trotzkismus". Es mag genügen, dass Trotzki heute in der "Prawda" als Anführer von "konterrevolutionären Nestern" in der Roten Armee während des Bürgerkrieges geschildert wird; Die Errichtung der Revolution von diesen "Nestern" ist natürlich Stalins grosse Tat. In den Schulen, Universitäten, Zeitschriften, Commissariaten werden immer wieder neue "Trotzkisten" entdeckt, zumeist Rückfällige. Verhaftungen und Verbannungen haben wiederum Massencharakter angenommen, Aus der mehrfach gereinigten Partei sind neuerdings wieder 15 bis 20 Prozent entfernt worden, rund 300000 Personen. Heisst das, dass die Bolschewiki-Leninisten in letzter Zeit so grosse Fortschritte gemacht haben? Eine solche Schlussfolgerung wäre übereilt. Die Unzufriedenheit unter den Arbeitern hat zweifellos zugenommen; zugenommen hat auch die Sympathie mit der linken Opposition. Doch noch mehr der Argwohn und die Furcht der Bürokratie. Sie ist bereits ausserstande, auch nur die aufrichtigen Kapitulanten zu assimilieren. Für die scharfe Wendung nach rechts braucht sie eine massive Amputation links. Nikolajews Schuss war es beschieden, Stalins politische Chirurgie von aussen her zu rechtfertigen.

Abenteuertum des individuellen Terrors.

Der individuelle Terror ist seinem ganzen Wesen nach aberntuerhaft; seine politischen Folgen sind nicht vorauszusehen und entsprechen fast nie seinen Absichten. Was wollte Nikolajew? Wir wissen es nicht. Höchstwahrscheinlich wollte er gegen das Parteiregime, die unkontrollierte Bürokratie oder den rechten Kurs protestieren. Und das Resultat? Zertrümmerung der Linken und Halblinken durch die Bürokratie, Verstärkung des Drucks und der Kontrolllosigkeit, präventiver Terror gegen alles, was mit der Rechtswendung unzufrieden sein kann. Jedenfalls bezeugt die Tatsache, dass Nikolajews Schuss so unverhältnismässig grosse Wirkungen hervorrufen konnte, unwiderleglich, dass diese "Wirkungen" schon in der politischen Situation lagen und nur auf den Anlass warteten, um hervorzubrechen.-

Versicherung nach zwei Fronten.

Die Bürokratie tritt in eine Periode der Bilanzprüfung zweier Fünfjahrpläne und sucht sich eilig im voraus zu sichern. Sie ist bereit, der Bauernschaft, d.h. ihren kleinbürgerlichen Interessen und Tendenzen, wirtschaftliche Zugeständnisse zu machen. Doch ja keine Zugeständnisse an die politischen Interessen der proletarischen Vorhut. Im Gegenteil, sie beginnt ihre neue Wendung zum "wohlhabenden Kolchosbauern" mit einem wütenden Polizeiausfall gegen alles Lebendige und Denkende in der Arbeiterklasse und der studierenden Jugend.

Man kann schon jetzt vorhersehen, dass auf den Ausfall gegen die Linken früher oder später ein Ausfall gegen die Reichen folgen wird. Der bürokratische Zentrismus, der sich in eine Sowjetform des Bonapartismus verwandelt hat, wäre nicht er selbst, wenn er sein Gleichgewicht anders aufrechterhalten könnte als durch ständige Attacken "nach beiden Fronten", d.h. letzten Endes gegen den proletarischen Internationalismus und gegen die Tendenzen zur kapitalistischen Restauration. Hauptaufgabe der Bürokratie ist, die eigene Haut zu verteidigen. Die Feinde und Gegner der regierenden Clique oder einfach ihre nicht genügend zuverlässigen Freunde werden zu rechten oder linken "Agenturen der Intervention" gestempelt, nicht selten einfach je nach den technischen Erfordernissen des Amalgams. Der Ausschluss aus der Partei des ehemaligen Volkskommissars für Landwirtschaft, Smirnow, ist eine delikate Warnung an die Rechten: "Rührt euch nicht, denkt an morgen!" Heute jedenfalls richtet sich der Schlag gänzlich nach links.

Dreifache Formel des Stalinschen Bonapartismus.

Diplomatischer Rückzug vor der Weltbourgeoisie und dem Reformismus, ökonomischer Rückzug vor den kleinbürgerlichen Tendenzen des Landes, politischer Angriff auf die Vorhut des Proletariats - das ist die dreifache Überschrift des neuen Kapitels in der Entwicklung des stalinschen Bonapartismus. Was wird am Ende dieses Kapitels stehen? Jedenfalls nicht die klassenlose Gesellschaft mit der friedlich in ihr sich auflösenden Bürokratie. Im Gegenteil, der Arbeiterstaat tritt von neuem in eine Periode offener politischer Krise ein. Ihre unerhörte Schärfe verdankt sie heute nicht den Widersprüchen der Übergangswirtschaft, so tief diese ~~in~~ in sich an sich auch sein mögen, sondern der ausserordentlichen Lage der Bürokratie, die der Vorhut der Werktätigen Zugeständnisse nicht nur nicht machen will, sondern auch nicht kann. Selbst Gefangene des Systems, das sie schuf, ist die Stalinsclique heute die Hauptursache der politischen Krämpfe im Lande.

Die Hauptgefahr droht der Sowjetunion vom Stalinismus.

Wie weit die Rechtswendung auf dem Gebiet der Politik, der Komintern und der Wirtschaft gehen und welche neuen sozialen Auswirkungen sie für die Sowjetunion haben wird, das wird man nur auf Grund einer aufmerksamen Berücksichtigung aller Entwicklungsstadien in den nächsten Jahren beurteilen können. Die Komintern wird jedenfalls durch nichts mehr zu retten sein. Von Stufe zu Stufe sinkend, wird ihre ganz und gar verkommene Bürokratie buchstäblich die vi-

talsten Interessen des Weltproletariats verraten für die Gnade vor der Stalinclique. Doch der von der Oktoberrevolution geschaffene Staat lebt. Die Jahre der forcierten Industrialisierung und Kollektivisierung, mit der Knute und bei gelöschten Lichtern; haben zusammen mit grossen Errungenschaften allergrösste Schwierigkeiten geschaffen. Der heutige Rückzug fügt, wie immer, neue hinzu; wirtschaftliche und politische. Schon heute kann man jedoch mit voller Gewissheit sagen: die vom bürokratischen Absolutismus erzeugte politische Krise stellt für die Sowjetunion eine viel unmittelbarere und schärfere Gefahr dar als alle Disproportionen und Widersprüche der Übergangswirtschaft.

Das Sowjetproletariat.

Sich selbst reformieren will die Bürokratie nicht nur nicht, sondern kann sie auch nicht. Den Sowjetstaat gesunden vermitteltst rücksichtsloser Siebung der bürokratischen Apparats, bei der Spitze angefangen, könnte allein die Avantgarde des Proletariats. Doch dazu muss diese selbst wieder aufstehen, ihre Reihen sammeln, die revolutionäre Partei, die Sowjets und Gewerkschaften wiederherstellen, richtiger, neu schaffen. Liegt diese Aufgabe in ihrer Macht?

Die Arbeiterklasse in der Sowjetunion ist zahlenmässig enorm gewachsen. Ihre Rolle in der Produktion ist an Bedeutung noch unermesslich mehr gewachsen als ihre Zahl. Das soziale Gewicht des Sowjetproletariats ist heute gewaltig. Seine politische Schwäche ist bestimmt: durch die Verschiedenartigkeit seiner sozialen Zusammensetzung, durch den Mangel an revolutionärer Erfahrung bei der jungen Generation, durch die Zersetzung der Partei, durch die ununterbrochenen und schweren Niederlagen des Weltproletariats.

Die letztgenannte Ursache ist in der augenblicklichen Etappe ausschlaggebend. Infolge des Abhandenseins internationaler Perspektiven ziehen sich die russischen Arbeiter notgedrungen in die nationale Kapsel zurück und dulden die Theorie vom "Sozialismus in einem Lande" mitsamt der aus dieser Theorie sich ergebenden Vergötzung der nationalen Bürokratie. Um wieder Vertrauen in die eigene Kraft zu gewinnen, müssen die Sowjetarbeiter wieder an die Kraft des Weltproletariats glauben.

Der Hauptschlüssel zu Lage.

Der Kräftereit innerhalb der USSR und die Zickzacks des Kreml sind gewiss von gewaltiger Bedeutung im Sinne einer Beschleunigung oder umgekehrt Hinausschiebung der Lösung. Aber der Hauptschlüssel zur inneren Lage der Sowjetunion liegt jetzt bereits ausserhalb der USSR. Wenn das westliche Proletariat den europäischen Kontinent dem Faschismus überlässt, dann wird der einzige und tief entartete Arbeiterstaat nicht lange standhalten. Nicht, weil er unvermeidlich unter den Schlägen der Militärintervention zusammenbrechen muss; unter gewissen Bedingungen könnte eine Sowjetintervention umgekehrt den Faschismus stürzen. Sondern, die inneren Gegensätze der USSR sind schon lange heute durch die Siege der Weltkonterrevolution zu höchster Spannung gediehen. Eine weitere Ausbreitung des Faschismus würde die Widerstandskraft des Sowjetproletariats noch tiefer herabdrücken und so die Ersetzung der abbröckelnden bonapartistischen Ordnung durch eine wiederaufstehende Sowjetordnung vereiteln. Die politische Katastrophe würde unver-

meidlich sein, ihre Folge aber wäre die Wiedereinführung des Privateigentums an den Produktionsmitteln.

" Sozialismus in einem Lande "

Im Lichte der heutigen Weltlage steht die Theorie des " Sozialismus in einem Lande ", das Evangelium der Bürokratie, vor uns in seiner ganzen nationalistischen Beschränktheit und falschen Prahlerei. Es ist natürlich nicht die Rede von der rein abstrakten Möglichkeit oder Unmöglichkeit des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft in diesem oder jenem geographischen Rahmen - das ist ein Thema für Scholastiker -, sondern wir denken an eine sehr viel näherliegende und konkretere, lebendige, geschichtliche und keine metaphysische Frage: kann der isolierte Sowjetstaat in der kapitalistischen Umkreisung, inmitten eines immer enger werdenden Ringes faschistischer Konterrevolutionen sich unbegrenzt lange halten? Nein, antwortet der Marxismus. Nein, antwortet die innere Lage der USSR. Der imperialistische Druck von aussen, die Verausgabung der Kräfte und Mittel für die Verteidigung, die Unmöglichkeit regulärer internationaler Wirtschaftsbeziehungen - diese ~~schwierigen~~ Schwierigkeiten sind an sich schon tief und ernst genug, doch noch viel wichtiger ist, dass die Niederlagen der Weltrevolution den lebendigen Träger des Sowjetssystems, das Proletariat unvermeidlich zermürben, es zwingen, Gehorsam den Nasken zu beugen unter das Joch der nationalen Bürokratie, die ihrerseits von allen Uebeln des Bonapartismus aufgefressen ist. Ausserhalb der Weltrevolution ist keine Rettung vorhanden!

" Sozialismus ! " Werden die dressierten Papageien der sogenannten kommunistischen Internationale sagen ! Verteidigung des Kapitalismus ! Werden die bezahlten Scharlatane ^{hören} wollen, die schon lange allen Glauben an die Revolution und den Marxismus aufgegeben haben. Was uns betrifft, so blicken wir tatsächlich ohne jeden " Optimismus " auf das Stalinsche System der Verwaltung, will sagen, der Niedertrampolung des Arbeiterstaates. Der Zusammenbruch dieses Systems ist bei allen Varianten der geschichtlichen Entwicklung gleich unvermeidlich. Aber nur in dem Falle, wird die Sowjetbürokratie den Arbeiterstaat nicht mit in den Abgrund reissen, wenn das Proletariat Europas und der Welt den Weg des Angriffs und der Siege befreit. Die Befreiung der Weltvorhut aus der tödlichen Umklammerung des Stalinismus ist die erste Voraussetzung des Erfolges. Allen Hindernissen, allen vom mächtigen Apparat geschleuderten Lügen und Verleumdungen zum Trotz, diese Aufgabe wird gelöst werden. Zum Besten des Weltproletariats wie der Sowjetunion !

30. Januar 1935.

-12-

Die neue Ära der Sowjetdemokratie

Um wenigstens teilweise den abstossenden Eindruck zu über-tönen, den Stalins Gericht über seine politischen Gegner, unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Terroristen, hervorrief, hat man eine grosse demokratische Reform verkündet: die Kolchosbauern werden als Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft in ihren politischen Rechten den Industriearbeitern gleichgestellt. Die Laskaien schreien aus diesem Anlass vom anbrechenden Reich der wahren Demokratie (aber was war denn bis gestern ?)

Das ungleiche Wahlrecht der Arbeiter und Bauern hatte seine sozialen Ursachen. Die Diktatur des Proletariats in Wahlvorrechten der Arbeiter. Die Ungleichheit der Rechte hatte jedenfalls zur Voraussetzung das Vorhandensein von Rechten. Die Sowjetordnung gab den Werktätigen die Möglichkeit, tatsächlich das Schicksal des Landes zu bestimmen. Die politische Macht war in der Hand der Vorhut-der Partei- konzentriert. Durch Sowjets und Gewerkschaften stand die Partei stets unter dem Druck der Massen. Mit diesem Druck ordnete die Partei sich die Sowjetbürokratie unter.

Reinster Unsinn ist es, dass die Bauernschaft in zwei drei Jahren Kollektivisierung habe sozial umerzogen werden können. Der Antagonismus Stadt-Land besteht noch immer in seiner ganzen Schärfe. Die Diktatur ist auch heute undenkbar ohne die Vormachtstellung des Proletariats über die Bauernschaft. Doch die Ungleichheit in den

politischen Rechten der Arbeiter und Bauern hat ihren realen Inhalt verloren, da ja die Bürokratie den einen wie den anderen die politischen Rechte entgültig genommen hat. Vom Standpunkt der Mechanik des Bonapartistischen Regimes hat die Wahlkreiseinstellung so gut wie keine Bedeutung. Die Bürokratie hätte den Bauern zehnmal mehr Stimmen geben können, als den Arbeiter -im Ergebnis käme doch dasselbe heraus, denn alle miteinander und jeder im besonderen haben sie letzten Endes nur ein Recht: ihre Stimme Stalin zu geben.

Die geheime Abstimmung mag auf den ersten Blick als ein wirkliches Zugeständnis erscheinen. Wer aber wird sich entschliessen, gegen die offizielle Liste seine Kandidatur aufzustellen? Der mit Hilfe der " geheimen Abstimmung " gewählte Oppositionelle wird ja doch sogleich nach den Wahlen zum erwiesenen Klassenfeind erklärt werden. Die geheime Abstimmung kann somit etwas wesentliches nicht ändern.

Die ganze Reform ist eine bonapartistische Maskerade, nichts weiter. Die Notwendigkeit einer solchen Maskerade ist ein einwand-freies Zeugnis für die wachsende Verschärfung der Beziehungen zwischen der Bürokratie und den werktätigen Massen. Weder die Arbeiter noch die Bauern brauchen demokratische Fiktionen. Solange Stalin die proletarische Vorhut mit beiden Händen an der Gurgel gepackt hält, solange werden alle Verfassungsreformen bonapartistischer Schwindel bleiben.

Leo T r o t z k i.